

Jour fixe 18.06.18 – Venezuela:

Der Niedergang des ‚bolivarischen Sozialismus‘ und seine Gründe (GS 2-18)

— Eine Verständnisfrage zum letzten Thema (Atomabkommen mit Iran): In dem Artikel auf Seite 24 Mitte steht: „das Recht der Staaten, insbesondere der Verbündeten der USA, ihren Unternehmen nach eigenem Ermessen die Welt als Geschäftssphäre verfügbar zu machen, wird gebrochen durch das Recht der USA, sich in dieser Grundfrage imperialistischer Freiheiten Ausnahmen zu dekretieren, und durch ihre Macht, dieses Recht grenzüberschreitend wirksam werden zu lassen“. Das stimmt, aber ist es nicht inzwischen so, dass das gar nicht mehr die Ausnahme ist. Sondern der gesamte Welthandel und die Freiheit, die Kapitalisten Handel treiben zu lassen, wird dem Maßstab untergeordnet, dass die Bedingungen den USA nützen müssen. Ansonsten werden Sanktionen erlassen, die das freie Konkurrieren einschränken oder Bedingungen herstellen, unter denen dann z.B. europäische Autos nicht mehr konkurrenzfähig wären. Also ist das neue Regelwerk eine extreme Einschränkung des freien Konkurrierens der Kapitalisten.

Es handelt sich hier nicht um zwei gleiche Angelegenheiten. Einerseits werden von den USA aus politischen Gründen und gemäß nationaler Interessen neue Bedingungen für das internationale Geschäft gesetzt, um den einseitigen Nutzen sicherzustellen, z. B. Erlassen von Strafzöllen. Das im Iran-Artikel Angesprochene zielt auf einen anderen Punkt: Die Geschäftsleute betätigen sich international und die jeweiligen Staaten handeln für sie mit den anderen Staaten die Bedingungen aus. Dabei wird ihnen mit den US-Sanktionen bzgl. Geschäftstätigkeit mit Iran Schädigung angedroht, wenn sie sich überhaupt in dem Land betätigen.

— Das war auch schon unter Obama so. Hier gilt es zwei verschiedene Arten imperialistischer Politik zu unterscheiden: auf der einen Seite die Zoll-Politik von Trump auf der anderen Seite die Beugung jeglichen Geschäfts (mit Iran) unter die Vorgaben der USA. Letzteres hat Trump nicht erfunden.

Der Unterschied ist also, dass dem weltweit agierenden Kapital (mit sekundären Sanktionen) aus politischen Gründen ein politisches Verbot für bestimmte Geschäfte auferlegt wird. Das ist etwas anderes als zu sagen: Wir modifizieren die Bedingungen für den internationalen Handel. Da kann sich die Geschäftswelt darauf einstellen und ihre Schlüsse daraus ziehen, wie sie sich weiter betätigt.

„Venezuela“:

Das Land war in der letzten Zeit öfter Thema in der öffentlichen Berichterstattung. Dort herrschen katastrophale Zustände, man hört Schilderungen über fehlendes Klopapier, keine Medikamente, Einkauf lebensnotwendiger Waren findet im Nachbarland Kolumbien statt, oder die Massen fliehen gleich dahin. Die politischen Auseinandersetzungen finden auf der Straße statt, Straßenschlachten mit Toten. Die ganze Wirtschaft liegt darnieder und es wird von ominösen Inflationsraten von 1000 % und mehr berichtet. Das ist in der Regel die eine Seite der Berichterstattung. Die andere Seite ist die standardmäßige Fortsetzung: 'und das, obwohl Venezuela ein reicher Ölstaat ist'. Welchen Schluss kann man aus der Art der politischen Kommentierung ziehen darauf, was in dem Land los ist?

— Das „obwohl“ führen die Kommentatoren auch aus. Chávez und Maduro haben Sozialprogramme aufgelegt und Lebensmittelpreise niedrig gehalten. Darin sehen sie den Grund, dass das Land kaputt geht. Und sie folgern, dass ein reiches Ölland das nicht zu tun hätte. Es solle in die Ölförderanlagen investieren und sich in der Konkurrenz der Lieferländer behaupten.

— Eigentlich ist das Verwundern mit dem „obwohl“ ein Sich-blöd-Stellen gegen diese Ausführungen. Um dann zu folgern: Die müssen aber schlecht regiert werden, wenn trotz dieses Reichtums so ein Elend entsteht. Wenn man das Glück hat, ein Ölstaat zu sein, dann müsste man sich doch auch dementsprechend auf die Weltwirtschaft beziehen. Die Regierung dort aber habe das gegebene Naturgeschenk vertan.

Die beurteilenden Instanzen missbilligen damit, welches Programm sich da ein Ölförderland vornimmt. Es sei eigentlich das Beste für das Land, wenn es sich als Ölförderland bewähren würde. Verknüpft wird das gleich mit einer Schuldzuweisung: Da ist eine Regierung an der Macht, die dem, was ein Ölförderland zu sein hat, nicht entspricht, dazu gehört auf keinen Fall der Versuch, das Volk mit Lebensmitteln und Medikamenten zu versorgen. Das passt nicht zu einem Ölförderland; statt in die Förderanlagen zu investieren, sich überhaupt etwas anderes vorzunehmen wie nationale Aufbauprojekte und sich um das Volk zu kümmern. Das wird Venezuela als das falsche Programm vorgeworfen. Dem Land wird eine eigentlich gute nationale Perspektive attestiert: Wenn man es als Ölland nur richtig macht, dann ist man ein reiches Land. Über diese Art von Reichtum ist gleichzeitig gesagt, dass man alles kaputt macht, wenn man sich mit diesem Reichtum irgendwelche Ambitionen leisten will.

Wenn über Ölländer gesagt wird, sie seien „eigentlich reich“, war damit immer schon auch bei Venezuela bekannt, dass dort heftige Armut herrscht. Dass es der Bevölkerung dreckig geht, ist nicht erst durch das Programm der bolivarischen Revolution und des bolivarischen Sozialismus eingerissen. Womit hat man es also zu tun, wenn zu einem eigentlich reichen Ölförderland dazugehört, dass es eine Menge verelendete Bevölkerung gibt?

Eine erste politökonomische Bestimmung des Öl-Reichtums ist: Das Naturding Öl, der Rohstoff unter der Erde des Territoriums, worüber das Land verfügt, ist anderswo Reichtum. Darin ist dieses Land dann ganz abhängig von Geschäftsinteressen, die es auswärts gibt, von deren Zahlungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit. Zum

Geschäftsmittel wird der Rohstoff bei den Käufernationen. Für das Förderland bewährt sich der Rohstoff als ein Stück Weltgeld-Quelle.

— *Dabei kommen die Leute (auf dem Territorium) nicht vor. Das ist die Natur der Sache eines Rohstofflandes. Zur Ölförderung wird kaum Personal gebraucht. Der Reichtum in den Händen des Staates oder der jeweiligen Ölförderindustrie hat zur Folge, dass ehemals vorhandene Landwirtschaft oder andere Produktion zerstört wird.*

— *Auch die USA fördern ja Öl. Aber sie werden nicht als Ölland bezeichnet. Denn sie verfügen außer über Öl über eine komplette nationale Ökonomie.*

Der Vergleich mit den USA zeigt: Das dort geförderte Öl ist Geschäftsmittel für die nationale Produktion. Im Land wird es als Mittel der Reichtumsvermehrung benutzt. Schon im Namen wird beim Ölförderland klar, dass es zwar Öl fördert, aber im Land selbst existiert kaum Verwendung für diesen Rohstoff. Der Reichtum, der sich im Land durch den Rohstoffverkauf einstellt, hängt davon ab, dass dieser Stoff auswärts für Reichtumsproduktion gebraucht wird. Von dort erhält das Ölförderland den Preis für den Abtransport des Rohstoffes, um dort ein Mittel der Reichtumsproduktion zu werden. Das hat die genannte Konsequenz, dass es eine Benutzung ganzer Volksteile für die Reichtumsproduktion im Land nicht gibt, nur ein geringer Teil der Bevölkerung, eine technische Elite, notwendig ist.

Von dem ins Land strömenden Reichtum profitieren die politische Klasse und Eliten im Öl-Industrie-Bereich und dort Beschäftigte als Private; der überwiegende Teil der Bevölkerung hat nichts davon. Auch in die Schaffung dieses Reichtums ist die Bevölkerung in keiner Weise involviert. Beide Seiten sind der Ausgangspunkt für das Programm, das sich die Chavisten vorgenommen haben. Sie wollten den ins Land fließenden Reichtum alternativ verwenden mit dem Ziel, den Ausschluss des Volkes von nationaler Reichtumsproduktion aufzuheben.

*

Chávez nahm beides als Ressourcen der Nation in den Blick. Im Hinblick auf den Ölreichtum, der ins Land fließt, heißt das: Vom Standpunkt einer nationalen Entwicklung ist es zweckentfremdeter Reichtum, der in falsche Hände fließt. Das Volk ist von dem Standpunkt aus eine brach liegende Ressource, aus der doch, kombiniert mit dem Dollarreichtum eine nationale Reichtumsproduktion entwickelt werden könnte. Das nahm Chávez dann praktisch in Angriff. So ist die Argumentation im Artikel. Die Verhältnisse vor Chávez waren der Ausgangspunkt für sein politisches Programm, das von auswärts von vornherein angefeindet wurde.

— *Wenn Chávez das ändern will, dass das Volk unnütz neben dem Reichtum existiert, ist der Schluss darauf zu sagen, dass er Öl und Volk als Ressource betrachtet, zu schnell. Da muss man den Übergang zu: er betrachte Öl und Leute vom Standpunkt der Nation, beides als Ressourcen für die Macht der Nation, noch erklären.*

Es ist aber nicht richtig, dass er das Volk als Ressource für die Macht der Nation kennzeichnen würde.

— *Chávez will, dass es den Leuten besser gehen soll, dafür muss erst mal eine ordentliche Ökonomie aufgebaut werden und das geht nur mit Geld und Produktion. Der Aufbau einer nationalen Ökonomie ist für Chávez identisch mit der Versorgung des Volkes, dafür soll der Dollarreichtum aus den Öleinnahmen verwendet werden. Er denkt dabei nicht gleich an Größe der Nation.*

Insofern ist das kein 'zu schneller Übergang' gewesen, sondern der Befund, den der Staat vor sich hatte: auf der einen Seite das arme venezolanische Volk und auf der anderen Seite die reiche Bourgeoisie. Diesen Zustand betrachtet Chávez als nationalen Skandal. Er verfolgt ein anderes Programm, will beide Ressourcen zusammenführen und dafür hat er als Staatschef auch die Macht.

— *Über das Programm sagt es aber etwas aus, wenn Chávez den Reichtum, der von Natur aus da ist, und das Volk als Ressourcen sieht. Das ist doch etwas anderes als zu sagen, dass dieser Reichtum dem Volk zugutekommen soll. Es ist ein Standpunkt über beiden, über dem Öl und über den Leuten, die er als zwei nützliche Faktoren für die Nation zusammenbekommen will.*

Man muss klären, wofür die Ressourcen vorgesehen sind; das ist mit „Macht der Nation“ schlecht gefasst. Im Land findet keine Reichtumsproduktion statt, dafür wird das Volk nicht benutzt und hat deswegen kein Einkommen. Chávez und seine Regierung wollen mit dem Ölreichtum die Produktion im Land entwickeln. Die Leute sollen sich am nationalen Aufbau beteiligen und Arbeit finden, die ihnen ein Auskommen sichert und Teilhabe an dem Reichtum, der im Land geschaffen wird.

Das „wofür“ ist in dem Artikel folgendermaßen gefasst: Die bisher getrennten Quellen, auf der einen Seite die „zweckentfremdete Ressource“, die in der Hand der Elite ist, und auf der anderen Seite die „brachliegende Ressource“, das Volk, das bisher aussortiert ist, sollen zusammengeführt werden für ein Wirtschaften, von dem Volk und Nation leben können. Das Geld dafür soll aus dem Ölgeschäft kommen. (vgl. S. 83)

— *Mein Einwand betont, dass es sich um ein Staatsprogramm handelt, wenn die Armut des Volkes und die Art der Benutzung des Rohstoffs gleichermaßen als (brachliegende bzw. zweckentfremdete) Ressourcen betrachtet werden. Die Gleichsetzung der national unproduktiven Aneignung und Verwendung des Staatsreichtums und der „unproduktive(n) Verelendung der Masse des Volkes“ (S. 83) geht von einem Staatsverständnis aus, dass sich die Herrschaft von oben darum zu kümmern hat.*

— *Ja, es ist ein Staatsprogramm, aber damit ist es nicht kritisiert. Das soll wohl besonders zynisch sein? Es ist*

ein politischer Beschluss, mit dem Inhalt, dass Chávez das Öl nicht als ein Mittel auffasst für den fremden Reichtum, sondern als Mittel für die nationale Reichtumsproduktion. Er verfügt über das Mittel und will es umwidmen. Insofern ist es eine Machtfrage. Der politische Beschluss heißt dementsprechend, er will sein Volk versorgen, er will es am wirtschaftlichen Aufbau beteiligen und mit dem Geld aus dem Ölverkauf eine nationale Ökonomie aufbauen. Das ist sein Staatsprogramm.

Es gibt Drittweltstaaten, die mit ihren Staatsprogrammen den Aufbau einer nationalen Ökonomie beabsichtigen und das Volk als Mittel dafür einspannen. Dies ist aber keine hinreichende Kennzeichnung des Programms von Chávez. Er sagt nicht, wir wollen mehr sein als bisher und dafür brauchen wir eine nationale Entwicklung. Er vertritt den schon ausgeführten Standpunkt, das Volk soll am Reichtum der Nation teilhaben und zwar in doppelter Bedeutung: es soll sein Auskommen haben und beteiligt sein an dem, was national zustande kommt und wie es zustande kommt. Es soll instandgesetzt werden, einen nationalen Reichtum zu produzieren, von dem es auch leben kann.

— *Das Volk soll instandgesetzt werden für die künftige Entwicklung.*

Das bemerkt man auch an den anfänglichen Maßnahmen (z.B. Alphabetisierung, Wohnungsbau, rudimentäre Gesundheitsversorgung). Sie wollen nicht ein Volk preisgünstiger Lohnarbeiter für ausländisches Kapital schaffen, die Leute werden dazu befähigt, halbwegs über die Runden zu kommen.

— *Ein heimlicher Vergleich mit dem Kommunismus ist da wenig hilfreich.*

Man kann eher einen nicht heimlichen Vergleich mit dem Kapitalismus anstellen und feststellen, da gibt es Sozialleistungen, die keineswegs funktional sind für ein kapitalistisches Geschäft; die Leute erhalten Geld, obwohl sie nicht die Reservearmee einer Kapitalverwertung sind.

*

Was wird in dem Staatsprogramm in Hinsicht auf das Volk und bezüglich der Ökonomie unternommen?

— *Das Aufbauprogramm beinhaltet: die nationale Entwicklung soll mit den im Ausland verdienten Dollars begonnen werden, für die die neu gegründeten Kooperativen ebenso ihren Beitrag leisten sollen wie Staatsbetriebe und private Unternehmen. Sie alle konkurrieren gegeneinander und müssen widersprüchliche Zwecke erfüllen: Sie sollen Gewinne erzielen, sich in der Konkurrenz durchsetzen, sie sollen investieren, Leute einstellen und einen Lohn zahlen, von dem diese leben können, etc. Das kann nicht aufgehen.*

— *Chávez hat einen positiven Bezug auf den bestehenden Kapitalismus in Venezuela. Alles, was dort in seiner kapitalistischen Verfasstheit existiert, soll in die nationale Entwicklung miteinbezogen werden. Die verdienten Dollars in Kombination mit dem Ölreichtum und dem Volk sehen die Chávisten als günstige Bedingung für den Aufbau der Nation. Der angesprochene Widerspruch zwischen dem Zweck der Versorgung des Volkes und der Anwendung des Volks in der kapitalistischen Produktion (Kostenfaktor) ficht Chávez nicht an.*

— *Das genau ist sein Fehler, dass er sich positiv auf die kapitalistische Geschäftstätigkeit bezieht, wofür der Geldreichtum, der hauptsächlich von außen kommt, sein Mittel sein soll. Auf S. 82 wird ausgeführt, dass die Reichtumsquelle, die sich dem Ölbedarf der Metropolen verdankt, viel ergiebiger ist als die Ausbeutung des eigenen Volks, weshalb sie darauf verzichten im Land zu produzieren. Sie können damit keine vergleichbaren Profitraten erreichen und verwenden die Dollars kontraproduktiv gegen die bezweckte nationale Akkumulation.*

Bisher wurde festgehalten, dass alles, was in Sachen Ökonomie unternommen wird (neben der Gründung von Kooperativen und dem Ausbau von den Staatsbetrieben) positiv bezogen ist auf die private Unternehmerschaft, die auch ihren Beitrag leisten soll für den Aufbau des Landes. Es fehlt das Argument, dass es privatwirtschaftliche Unternehmen im Produktionssektor nur in rudimentärer Anzahl und in ausgewählten Branchen gegeben hat. Die Crux ist doch, dass man einerseits den existierenden Dollarreichtum für den Warenimport verwenden muss (fast alles, was man im Land braucht, sei es für die Ölförderung oder für die Luxusbedürfnisse der Elite, muss aus dem Ausland importiert werden) und dass andererseits keine Versorgung des Volkes existiert. Das ist der Ausgangspunkt. Alles, was es in Venezuela an Ökonomie gibt, ist von seinem Status als Ölland abgeleitet und genau das soll geändert werden. Auf diesen Widerspruch wird hingewiesen, von dem Zustand will man sich unabhängig machen.

Die Chávisten wollen Venezuela von der Abhängigkeit befreien, dass die gesamte gesellschaftliche Reproduktion damit steht und fällt, wieviel Öl exportiert wird und zu welchem Preis. Diese Unabhängigkeit von den Öldollars soll mit Hilfe des Reichtums aus dem Öl (von dem man sich emanzipieren will) gelingen.

— *Insofern halte ich den Begriff Fehler in diesem Zusammenhang nicht für adäquat. Chávez will aus der Abhängigkeit herauskommen und hat damit den benannten Widerspruch am Hals.*

— *Was ist der Widerspruch? Da gibt es zwei Argumente: Zum einen: Venezuela ist von außen abhängig und der Ölpreis schwankt. Aber viel fundamentaler erscheint mir, dass Chávez sich von einem Prinzip abhängig macht, das genau den Status bewirkt hat, den er ändern will: dass es keine nationale Produktion gibt, dass die herrschende Klasse darauf verzichtet, das Volk auszubeuten, weil Importe viel billiger und von höherer Qualität sind. Deshalb gibt es nichts außer Ölgeschäften. Den Reichtum daraus will er einsetzen für den Aufbau einer kapitalistischen Wirtschaft, die doch wegen der Geschäfte mit dem Öl eingebrochen ist.*

Mit dem Reichtum von außen ist das Land in einer bestimmten Verfassung. Das wird hier festgehalten: große Teile der Landwirtschaft sind kaputt, nur die Elite lebt vom Ölgeld und der Rest des Volks vegetiert dahin. Auf diesen Zustand des Landes bezieht sich Chávez. Es ist nicht richtig zu sagen, es ist (nur) die Abhängigkeit vom Öl bzw. auf der anderen Seite es ist das kapitalistische Wirtschaften. Ausgehend von dieser Verfassung seines Staates macht sich Chávez daran, etwas anders daraus machen, in verschiedenen Stufen, die im Folgenden ausgeführt werden mit all ihren Widersprüchen.

Das wird entwickelt, indem man sich anschaut, welchen Gebrauch die Regierung von den Öleinnahmen macht, wie der Gebrauch in der Gesellschaft ankommt, wie die Kapitalisten damit wirtschaften, wie das Volk damit wirtschaftet und aus diesen Widersprüchen kann man dann Schlüsse ziehen. Erst mal allgemein: Das Programm will mit den Öleinnahmen einen produktiven Gesamtzusammenhang herstellen, in dem alle für das Vorankommen der Nation und das Gedeihen des Volks nützlich sind. Dieses Ideal verfolgt Chávez ignorant gegenüber allen Gegensätzen, die es gibt und unternimmt alles Mögliche, um es zu realisieren.

Sie wollen sich vom Ölreichtum emanzipieren, dessen Höhe und Ausmaß sie nicht in der Hand haben. Und für dieses Programm sind sie erst mal auf diesen Reichtum angewiesen: erstens brauchen sie ihn, um eine Versorgung der Bevölkerung aufzubauen und zweitens, um das Geschäftsleben und eine nationale Reichtumsproduktion in Gang zu setzen. *Was das für ein Reichtum ist und wie sie ihn benutzen*, wurde schon gesagt.

— *Zu dem Widerspruch ist zu sagen, dass Venezuela mittels seines Erdölexportes über ein Weltgeld verfügt, das es für seine Zwecke einsetzen kann. Das macht seine Kreditwürdigkeit auf dem Weltfinanzmarkt aus und das ist erst mal eine Gelegenheit für seine Importwirtschaft gewesen, die damit Gewinne erwirtschaftet hat. Das Gleiche gilt für seine Sozialprogramme, den Aufbau von Schulen, Wohnungen etc., die eine profitträchtige Gelegenheit für seine Kapitalisten darstellten.*

— *Daraus, dass die Einnahmen aus dem Ölexport Weltgeld ins Land bringen, macht Chávez eine nationale Offensive, indem er die Dollareinnahmen zur Grundlage seines nationalen Kreditgeldes, dem Bolívar, macht. Die Unsicherheit der schwankenden Dollareinnahmen aus dem Ölexport macht er zur Grundlage seines Nationalkredits und schöpft auf dieser Grundlage eigenständig Kredit. Chávez sieht in den Dollareinnahmen eine super Reichtumsquelle, um seine nationale Macht zu entfalten und sein Programm voranzutreiben. Aber der Widerspruch seines Programms bleibt, dass die Werthaltigkeit des nationalen Geldes darauf beruht, dass das Land über fremdes Geld verfügen kann. Seine Qualität als Geld hat der Bolívar über diese Dollarverfügung.*

Es ist auf zwei Argumente verwiesen worden, die dem Aufbauprogramm von Chávez zugutegekommen sind: 1. Seine Dollareinkünfte über den Ölexport. 2. Dadurch, dass Venezuela über regelmäßige Dollareinkünfte verfügt, ist es für die internationale Finanzwelt kreditwürdig, ihm werden Dollarkredite gegeben. Der Bolívar wird als „gutes“ Geld gehandelt, weil sein Emittent in der Lage ist, dafür mit Dollar eintauschen zu können. Die Güte des Bolívar beruht also nicht auf der Macht einer entfalteten internen Geschäftstätigkeit, sondern auf den regelmäßigen Dollareinnahmen vom Ausland und mit diesem nationalen Kredit gestaltet er sein ökonomisches Aufbauprogramm.

— *Solange der Bolívar halbwegs durch den Ölexport gedeckt ist, schafft Chávez sich eine eigenständige Reichtumsquelle, die mag zwar abhängen vom Export, aber er kann sich in seinem nationalen Kreditgeld verschulden, solange die Gleichung geglaubt wird. Das hat den Nachteil, dass die Verschuldung, die er betreibt, um im eigenen Land alternative Reichtumsquellen zum Ölexport zu erschließen, dann aber auch klappen muss.*

Es ist erst mal festzuhalten, dass ihm das die Freiheit gegeben hat, im Land Einiges ins Werk zu setzen. Erklärungsbedürftig ist, wieso sein Programm zunächst so gut gelaufen ist. Sein Nationalkredit gründet auf auswärtigem Reichtum, das ist das Besondere an seinem Programm. Damit ist natürlich die andere Seite des Widerspruchs nicht weg. Der wird im Fortgang des Artikels dann weiter entwickelt.

*

Mit dem Einsatz seines Bolívar stiftet Chávez lauter Geschäftsmöglichkeiten. Die Leute haben über seine Sozialprogramme plötzlich Geld in der Tasche, das von Handelskapitalisten gerne abgegriffen wird, der Bau von Schulen und Wohnungen, Infrastruktur macht inländische und ausländische Baukonzerne reich. Die kontinuierlich gestiftete Zahlungsfähigkeit nutzen sie für ihr Geschäft, steigern, solange diese anhält, fortwährend ihre Preise und produzieren auf diese Weise immer höhere Inflationsraten.

Diese enormen Entwertungsraten, die der Bolívar aufgrund des staatlich gestifteten, florierenden Geschäfts im Innern erfährt, werden im Artikel als ein Fortschritt des Widerspruchs entwickelt, dass dieses Subventionsprogramm auf auswärtigem Reichtum basiert, so macht sich der Widerspruch am nationalen Geld praktisch geltend.

Das ist die eine Konsequenz. Die andere ist, dass gerade mit den angeleiteten Geschäften lauter neue Importbedürfnisse entstehen, die wiederum mit Dollar zu bezahlen sind. Wenn ein Baukonzern Infrastrukturprojekte ausführt, dann werden Produktionsmittel gebraucht, diese müssen im Ausland gekauft werden, weil sie intern nicht zu haben sind. Also muss der venezolanische Staat diese Importeure entsprechend mit Dollars ausstatten. Ähnlich verhält es sich mit der Lebensmittelindustrie. Auf diese Weise werden die Deviseneinnahmen zusätzlich strapaziert.

Es kommt also in diesem Land jede Menge Geschäftstätigkeit zustande, nationale wie auch internationale Konzerne haben sich engagiert. Aber das Geschäft dort hat einen eigentümlichen Charakter: Wenn das durch staatliche Zahlungsfähigkeit gestiftete Geschäft darin besteht, dass die dafür benötigten Güter, seien es Produktions- oder Lebensmittel hauptsächlich aus dem Ausland importiert werden müssen, dann konterkariert das die Zwecksetzung, im eigenen Land, eine nationale Produktion aufbauen zu wollen. Diese Abhängigkeit vom Ausland sollte ja gerade überwunden werden, indem der Staat diese Wirtschaftstätigkeit subventioniert und genau das stellt sich bei dieser Sorte florierenden Geschäfts nicht ein. Die beteiligten Kapitalisten, auch viele auswärtige, werden zwar immer reicher, aber der Zweck des Staates geht nicht auf.

Der Staat stellt sein Geld für die Wirtschaft zur Verfügung, aber das führt nicht dazu, dass mit dem Einsatz des Bolívar nationale Reichtumsvermehrung stattfindet, sondern verkehrt sich ins Gegenteil: Sein Devisenschatz wird immer weiter aufgefressen und so verschärft sich der Ausgangspunkt, dass die Ökonomie in wachsendem Maße vom Zufluss auswärtigen Reichtums abhängig ist.

— *Aber, wenn man für die eigene Wirtschaft Produktionsmittel importiert, dann ist das doch noch keine Abhängigkeit. Muss man nicht hinzusagen, dass diejenigen, die diesen Aufbau bewerkstelligen sollen, die Kapitalisten, so etwas wie nationalen Wirtschaftsaufbau gar nicht im Sinn haben. Die machen halt dort wie überall ihre Geschäfte und sind an möglichst hohen Gewinnen interessiert und das ist eben was anderes als die Wirtschaft insgesamt voran zu bringen.*

Einerseits kalkulieren die Geschäftsleute ganz normal geschäftsmäßig ihre Gewinne, aber die Besonderheit hier ist, dass die venezolanische Ökonomie so beschaffen ist, dass sie wenig eigene Produktion hat und die vorhandene kaum konkurrenzfähig ist. Wenn also der Kapitalist über Dollar verfügt, ist der normale Weg, sein Geschäft weiter zu führen, der Import.

Dass die Kapitalisten den nationalen Aufbau einfach nicht machen, ist genauer zu bestimmen. Sie haben versucht, Kooperativen oder kleine private Betriebe aufzubauen. Das bewährt sich nicht als Beitrag zum Aufbau einer nationalen Ökonomie, weil diese Sorte ökonomischer Betätigung sofort damit konfrontiert ist, dass das, was die mit wenig Kapital und einfachen Mitteln herstellen, in Konkurrenz zu dem steht, was es auf dem Weltmarkt zu kaufen gibt und dadurch Schwierigkeiten bekommt.

Die andere Seite davon ist: Wenn sich dort mit Kapital ausgestattete Unternehmer betätigen und eine lohnende Produktion aufziehen wollen (z.B. eine Autoindustrie), sehen die sich mit der anderen Seite dieses Verhältnisses konfrontiert, dass nämlich von ihrem Beitrag zum nationalen Aufbau auch das Volk was davon haben soll. Das kommt im Programm des boliviarischen Sozialismus, zu dem immerhin Mindestlöhne, Arbeitsschutzbedingungen und sonstige Arbeitsschutz-Regelungen dazugehören, zum Tragen. Das macht deren Geschäftsleitung zumindest schwierig und die Geschäfte partiell kaputt.

*

Der Staat arbeitet sich an diesem Widerspruch ab, dass er kapitalistisches Geschäft für den nationalen Aufbau und die nationale Versorgung und den Unterhalt des Volkes in Anspruch nehmen will und stößt darauf, dass die mit ihren Geschäftskalkulationen zwar einerseits ihre Geschäftsinteressen realisieren aber andererseits damit dauernd das, was er mit seinem Programm erreichen will, nicht nur nicht realisieren, sondern das wird richtig kontraproduktiv, so dass er dann mit entsprechenden Maßnahmen versucht, das irgendwie zur Deckung zu bringen. Um den Verbrauch des Devisenreichtums ohne entsprechenden Fortschritt im Lande einzuschränken, geht er zu Devisenbewirtschaftung über, behält sich also vor, welche Art von Importen er 1. überhaupt genehmigt und 2. zu unterschiedlichen Kursen, z.B. gibt es für den Import von Medikamenten günstigere Umtauschrelationen. Und wegen dem Ausnutzen der vorhandenen Zahlungsfähigkeit für Preiserhöhungen ist er dazu übergegangen, im Sinne der Versorgung der Bevölkerung auch Preisobergrenzen zu diktieren. Dazu hat man ja immer im Fernsehen in den einschlägigen Berichten erfahren, dass es da kein Wunder sei, wenn nichts mehr produziert und importiert wird.

— *Der 4. Punkt sagt, was von diesem Programm gelungen ist und was nicht. Das Volk kriegt eine Verbesserung der Lebensumstände, aber es wird nicht in die produktiven Umstände eingebunden; der venezolanische Staat hat praktisch seine Gesellschaft befähigt, über ihre Verhältnisse zu leben. Die andere Seite ist: eine Politisierung seines Volkes für sich und sein Programm hat er geschafft; die hängt aber davon ab, dass das Volk dafür gute Gründe sieht, dass das Programm also aufgeht. Alles zusammengenommen kommt die Regierung an den Punkt, dass sie sich eingestehen muss, dass das Geschäftsgebaren der von ihr zum Geschäftemachen eingeladenen Privatwirtschaft ihrem Programm für die Nation entgegensteht. Dann besteht der Staat auf Bedingungen (Pkt. 5), dass dieses Verdienen funktional sein soll für den Aufbau der Nation in seinem Sinn, mit Preisobergrenzen etc. Er will die zwei Seiten, die im Gegensatz stehen, die Gewinninteressen der Privatunternehmen und die Dienste, die sie erbringen sollen, mit Geld und Gewalt zur Deckung bringen. Und verschärft damit den Gegensatz zwischen der Unternehmerschaft und sich.*

Die Verschärfung, das ist dann der Fortgang, ist, dass da die Kapitalisten eben ihre Gewinne nicht mehr gewährleistet sehen und die Produktion einstellen, die der Staat übernimmt, was lauter Zuschussbetriebe werden, weshalb lauter zusätzlicher Devisenbedarf an dieser Ecke auftritt; da, wo sie das Geschäft einstellen, wird er selbst zum Importeur, was dann wiederum seinen Devisenschatz strapaziert. Dann ist der Übergang zur Devisenbewirtschaftung der nächste Schritt. In dem Moment, wo der Staat für sich immer mehr Devisen

verbraucht, legt er fest, wofür er noch Devisen rausrücken will und die entsprechende Devisenbewirtschaftung ergibt einen zusätzlichen Widerspruch. Das verschärft die Auseinandersetzung mit den Unternehmern, die nicht mehr wie gehabt an Devisen rankommen. Damit gehen sie auf verschiedene Weisen um: z. B. beschaffen sie sich auf dem Schwarzmarkt Devisen, machen mit deren Handel Geschäfte und machen gar keine (realen) Geschäfte mehr, was wieder den Mangel in der Volksversorgung voranbringt.

Der Gegensatz zwischen den Geschäftsinteressen und dem staatlichen Aufbauprogramm hat nicht nur diese Verlaufsformen mit Schwarzmarkt, Devisenbewirtschaftung und Produktionseinstellung usw., sondern deswegen kommt es dazu, dass die Versorgung der Bevölkerung ausbleibt, die er von solchen Geschäften abhängig gemacht hat. Armut existiert in Venezuela so, dass nicht das Problem ist, dass die Leute kein Geld haben, sondern dass es an den elementaren Sachen zur Versorgung fehlt, weil der Staat sich nicht mehr in der Lage sieht, ausreichend Devisen für den Import von Lebensmitteln und sonstigen wichtigen Gütern zur Verfügung zu stellen. Dabei verfügen die Leute noch über ihre Bolívares, die sich mit rasender Geschwindigkeit entwerten. Dazu ein schreiendes Beispiel: Leute fahren mit Taschen voller Geld nach Kolumbien und kaufen dort die Lebensmittel, die in Venezuela produziert und dann exportiert worden sind, weil sie wegen der festgesetzten Preisobergrenzen in Venezuela nicht in die Geschäfte kommen.

— *Wieso bekommen sie für dieses inflationierte Geld, das doch eigentlich nichts (mehr) wert ist, in Kolumbien noch Waren?*

— *Dieser Schwarzmarkt wurde mehr oder weniger von einer Bank in Kolumbien bewirtschaftet. So bekommt man in Kolumbien noch für Bolívares, die sonst niemand mehr nimmt – zwar zu einem extrem schlechten Dollarkurs, aber eben überhaupt noch – Waren.*

— *Dass es neben einem Warenschwarzmarkt auch einen Schwarzmarkt für Geld gibt, ist doch etwas Besonderes. Zwar gab es auch z.B. früher in Ostblock-Ländern einen Schwarzmarkt für Westgeld, aber das hier ist ein anderer Punkt. Hier besorgen sie sich das Geld für die interne Zirkulation auf dem Schwarzmarkt.*

Das eine ist doch, dass die normalen Leute im Land nur an Geld in Form von Bolívares kommen. Weil der sich laufend entwertet, haben sie das Problem, wenn es überhaupt noch für sie Waren gibt, dass die ständig teurer werden und damit für sie unbezahlbar. Daneben gibt es Leute, die über Dollar verfügen; für die gibt es Waren zu kaufen: Waren gegen Dollar sind jederzeit verfügbar.

— *Im Artikel steht, dass „sich Unternehmen vom Staat Devisen zum offiziellen Kurs zuteilen lassen, diese dann aber entweder auf den Schwarzmarkt verkaufen oder die importierten Waren zu überhöhten Preisen verkaufen“ (Fußnote 21).*

Das sind Umgangsweisen der Geschäftsleute mit den Widersprüchen, die der Staat einrichtet: Sie lassen sich für Importe Devisen zuteilen, dann importieren sie aber gar nicht, sondern verkaufen ihre Dollar auf dem Schwarzmarkt zu einem sehr (un)günstigen Kurs den, die nur über Bolívares verfügen. Um diese dann wieder bei der Nationalbank gegen Dollar einzutauschen. Das ist eine Geschäftsmethode, die Not im Land von denen, die nur über Bolívares verfügen und dafür nichts mehr kriegen, auszunutzen. Eine weitere Umgangsweise ist, die zuteilten Devisen dafür zu nehmen, dass sie Waren einkaufen und diese zu überhöhten Preisen auf dem Schwarzmarkt statt in den offiziellen Geschäften mit Preisobergrenzen verkaufen.

Auf der einen Seite setzt der Staat 'geschäftsschädigende' Bedingungen in die Welt – mit seiner Devisenbewirtschaftung, Preisobergrenzen und Mindestlöhnen – und auf der anderen Seite gibt es den staatschädigenden Umgang der Geschäftsleute – mit dem sich ständig entwertenden Geld in Venezuela. Über diese Art der Austragung der Gegensätze kommt das Programm der Volksversorgung zum Erliegen.

Was sich in diesem Verfall der Währung der Sache nach ausdrückt, ist die Unvereinbarkeit des Geschäftsstandpunkts der Unternehmerschaft und der staatliche Versuch, die zu einem für das nationale Programm förderlichen Geschäftsverhalten zu bringen. Das geht zunehmend nicht zusammen.

— *Kommt diese galoppierende Inflation dadurch zustande, dass erstens die Unternehmer aus dem Bolívar fliehen und alles, was geht, zu Dollars zu machen versuchen und zweitens dass der Schwarzmarkt den Bolívar immer weiter im Wert herabsetzt; und beides zusammenwirkt?*

— *Nein, dass es überhaupt einen Schwarzmarkt für einen gravierenden Dollarbedarf gibt, drückt doch aus, dass das nationale Geld der Untauglichkeit überführt ist, mit ihm „etwas gewinnträchtiges im internationalen vom Dollar dominierten Maßstab“ anzustellen. Damit bringen sie nur einen sachlichen Befund über dieses Geld an den Tag. Im Artikel wird doch so argumentiert: der Schwarzmarkt wird zum Gradmesser des Misstrauens in dieses Geld. Alle Maßnahmen der Regierung gegenzusteuern gelingen nicht. Was also drückt sich aus im nicht mehr einzudämmenden Wertverlust des Geldes? Dass es die Qualität, überhaupt als Mittel der Reichtumsvermehrung zu taugen, verloren hat.*

Das Argument stimmt so nicht, weil Mittel der Reichtumsvermehrung zu sein, war nicht der Grund, warum der Bolívar einen Wert hatte. Er hatte deswegen einen Wert, weil er unterlegt war mit den Dollareinnahmen des Staates. Also kann sein Verfall auch nicht daher kommen, dass sich keine Geschäftsgelegenheiten mehr bieten, sondern es kommt daher, dass die Zahlungsfähigkeit des Staates, sein Einstehen mit Dollar für die Währung, zunehmend ausfällt oder ins Misstrauen gezogen wird. Dann entsteht ein Schwarzmarkt, insbesondere als der Staat

dann Devisenkontrollen gemacht und nicht mehr für jeden eingegangenen Bolívar einen Dollar gegeben hat. Ob er dazu nicht mehr in der Lage oder nicht Willens ist, ist dabei egal, auf jeden Fall ist es die Auskunft, dass Bolívar nicht dasselbe wie Dollar ist. Je mehr dann auch die Devisennot des Staates ihn dazu bringt, die Devisenkontrollen enger zu fassen, umso größer wird das Misstrauen in seine Fähigkeit für den Bolívar geradezustehen usw. So galoppiert dann die Inflation.

Also offenbart es etwas über den Zustand dieser Ökonomie. Dass das eigene Geld nicht mehr als Geschäftsmittel taugt, also dass es sich nicht lohnt, Bolívar zu verdienen, dass aber auch umgekehrt die venezolanische Ökonomie nicht dazu taugt, Dollar zu verdienen.

Der Ausgangspunkt war: Die nationale Währung hatte ihre Werthaltigkeit nicht daraus, dass es ein taugliches Geschäftsmittel im Land gewesen ist. Die Werthaltigkeit, die die Währung trotzdem hatte wegen der Devisengeschäfte des Staates, ist immer mehr in Frage gestellt, je mehr das Publikum zur Kenntnis nimmt, dass der venezolanische Staat über zu wenig Dollar verfügt, weil er die einem Zweck gewidmet hatte, der im Kapitalismus nicht vorgesehen ist: der Volksversorgung. Die andere Seite von dem Programm, dass eine nationale Wirtschaft sich darüber einstellt, die dem eigenen Geld einen Wert verschafft, dadurch dass es als Geschäftsmittel im Land taugt, hat sich auch gerade deshalb nicht eingestellt.

— *Der Ausgangspunkt der Sache war, dass der Bolívar als Geld nicht seine Qualität daraus bezieht, dass er aus einer eigenen Akkumulation herrührt. Aber die Verlängerung: dann kann das nicht der Grund für die riesige Inflation sein, stimmt nicht. Weil dazwischen steht der Versuch, die fehlende Akkumulation mit diesem Geld anzuzetteln.*

— *Doch; das Argument – mit diesem Geld ein Geschäft anzuzetteln gründet auf der Garantie des Staates – ist nach wie vor gültig. Das Geld entpuppt sich als Luftnummer, weil der Staat nicht mehr in der Lage ist, aufgrund der Entwicklung seines Devisenschatzes, dieses Geschäftsmittel, das benutzt werden könnte oder benutzt worden ist, jederzeit in ein werthaltiges Geld umzuwandeln. Das Argument bleibt: der Staat ist Garant dessen, dass die Geschäftsleute mit dem Bolívar Geschäfte machen und gemacht haben und am Ende versuchen, es nach Möglichkeit in Dollar zu verwandeln, weil der Staat die Garantie nicht mehr aufrecht erhalten kann.*

— *Aber das ist kein Gegenargument dazu, dass der Verfall des Geldes seine kapitalistische Untauglichkeit ausdrückt. Ihr sagt doch gerade, dass der Staat ständig für diesen Austausch seines Geldes in Dollar gerade stehen musste und dass er das in immer größeren Ausmaß machen musste. Das drückt doch aus, dass zwar in dem Land Geschäfte gemacht worden sind, aber es ist keine Akkumulation in Gang gekommen, die das eigene Geld in Wert setzt. Zu sagen: der Ruin des Geldes geht zurück auf das Verhalten des Staates, ist kein Gegensatz zu der anderen Behauptung: der Ruin des Geldes drückt aus, dass er als Geschäftsmittel nichts taugt.*

Richtig, wenn sie eine nationale Akkumulation geschaffen hätten und dann ein Geld als Kreditmittel dafür nachgefragt worden wäre, wäre alles anders. Da sagt man negativ: das hat nicht stattgefunden. Warum gab es dann Entwertung? Entwertung heißt, dass sich eben an dem, was das Ding in Wert gehalten hat – die Zahlungsfähigkeit des Staates – irgendwie was geändert (verschlechtert) hat. Das wäre dann positiv gesagt, warum ist die eine Zeitlang 20% und dann steigt sie auf 1000%.

Als Verschärfung der Situation wird im Artikel angeführt: nicht nur, dass das Gegensteuern des Staates immer mehr Devisen verschluckt hat, sondern, dass der Ölpreis eingebrochen ist, war ein zusätzlicher Einbruch der Deviseneinnahmen bis hin, dass auch die Schulden sich bemerkbar machen, weil das Finanzkapital auch bei der Verschuldung zuschlägt und sie immer mehr Zinsen zahlen müssen, um überhaupt ihre Schulden begleichen zu können. Auch diese beiden Sachen haben das Verhältnis, dass dem Bolívar nicht mehr getraut worden ist im Verhältnis zum Dollar, immer prekärer gemacht.

Diese Auswirkungen des Einbruchs der Ölpreise, dann die Rolle des Finanzkapitals, des internen politischen Kampfes und der USA mit den Sanktionen sollen nächstes Mal noch genauer besprochen werden.